

Gerecht geht anders - Kampf um „Gute Arbeit“



Nicht nur das sogenannte Sparpaket der Bundesregierung, das ein Kürzungs- und Umverteilungspaket zulasten der Bevölkerung ist, hat die Gewerkschaften und ihre Mitglieder aufgebracht. Dazu beigetragen haben auch die Rettungsschirme für systemwichtige Großbetriebe, besonders Banken und Industrieunternehmen, deren Mittel als Bürgschaften und Kredite an die Betriebe vergeben und jetzt bei den abhängig Beschäftigten und von jeglicher Erwerbsarbeit Ausgeschlossenen wieder hereingeholt werden sollen.

DGB-Chef Sommer hat einen heißen Herbst versprochen. Es liegt jetzt an allen, die von der Kürzungssorgie betroffen sind, zu dieser Hitze beizutragen. Dazu sind natürlich auch die Mitglieder der Partei **DIE LINKE** aufgerufen.

Es liegt jetzt an jeder und jedem, diesem Sozialkahlschlag entgegenzutreten, überall wo sie oder er tätig ist und sich einmischen kann. Nach dem Europäischen Aktionstag gegen die Sparhaushalte mit Demonstrationen in Berlin und Dresden am 29. September geht es mit diesen Schwerpunkt-Aktionen weiter. 18. Oktober: Bankenumzingelung in Frankfurt/Main; 24. Oktober bis 13. November: Aktionswochen der Gewerkschaften mit Schwerpunkt in den Betrieben; 6. bzw. 13. November: Großdemonstrationen in mehreren Städten; 26. November: Aktionstag zur Haushaltsverabschiedung in Berlin – Protest von der Straße ins und vor das Parlament.

Die DGB-Gewerkschaften haben unterschiedliche Schwerpunkte

ihrer Kampagnen gesetzt. Die IG Metall konzentriert sich auf das Thema Leiharbeit, die Gewerkschaft ver.di hat sich vorgenommen unter dem Motto „Gerecht geht anders“ vier wesentliche Themen aus ihrem Organisationsbereich zu bearbeiten, die alle die Daseinsvorsorge der Masse der Menschen betreffen: Steuerpolitik (Städte und Gemeinden in Not), Rentenpolitik (Arbeiten bis 67), Gesundheitspolitik (Zwei-Klassen-Medizin) und Finanzpolitik (Sozialer Kahlschlag).

Tragen wir alle dazu bei, dass die soziale Kälte nicht noch weiter um sich greift, bereiten wir der Bundesregierung zusammen mit den Gewerkschaften und allen Menschen, die dabei mitmachen wollen, einen heißen Herbst!

Heidi Kloor

DIE LINKE gibt sich ein neues Grundsatzzprogramm.

Im März präsentierten die damaligen Parteivorsitzenden Lothar Bisky und Oskar Lafontaine den ersten Entwurf – seither diskutieren die Gliederungen der Partei. Am 18. September fand in Rostock die Regionalkonferenz der sechs Landesverbände Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen statt. Fast 400 Parteimitglieder nahmen teil, darunter auch etliche Mitglieder des Bezirksverbands Tempelhof-Schöneberg. In dieser **LUPE** wollen wir einen Schwerpunkt auf die Programmdebatte von Rostock legen. Debattiert wurde in drei Diskussionsveranstaltungen zur Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus, zum Wandel der Arbeitsgesellschaft und zu unserer Vorstellung vom Demokratischen Sozialismus. In zwei Arbeitsgruppen wurden Wege zur Demokratisierung der Gesellschaft und die Friedenspolitik als zentrales Alleinstellungsmerkmal unserer Partei erörtert.

Siehe weiter: auf Seiten 4 und 5.

Inhalt: Seite 1. Gerecht geht anders- Kampf um „Gute Arbeit“, **DIE LINKE** gibt sich ein neues Grundsatzzprogramm. Seite 2. Gasometer-Hausverbot, die Zeit wird knapp für die „Soziale Stadt“, Wolfgang Szepansky, Seite 3. BVV 1. September, Vorlagen der BVV, AKK Termine, Seite 4. Al-Nadi als Kosmopolita 2010 geehrt, Regionalkonferenz im Rostock, Seite 5. Frieden, Gute Arbeit vs. bedingungsloses Grundeinkommen?, Hunderttausend gegen Atomstrom, Verschüttete Entwicklungspfade, Seite 6. Bürgerarbeit statt echte Arbeitsangebote, Kurzinformativ zum Asylbewerberleistungsgesetz, Tatsächliche Arbeitslosigkeit, Seite 7. Flüchtlingskinder: Kein Bildungspaket und 50 Prozent weniger Sozialhilfe als Hartz-IV-Kinder, Sondertermine, Seite 8. Fidel Castro: Der strategische Gegenangriff, Wanderausstellung des Flüchtlingsrats und Save me: Auf gepackten Koffern, Termine und Impressum

Gasometer- Hausverbot

Beim Kulturausschuss am 2. September auf dem früheren GASAG-Gelände hat dessen Eigentümer Reinhard Müller (Euref) einem Ausschuss-Gast Hausverbot erteilt. Zuvor war Müller gegen den Bezirksverordneten (BV) Rolf Brüning (Grüne) ausfallend geworden. Dieser hatte auf Müllers Behauptung „Wir haben die Nordspitze saniert und termingerecht dem Bezirk übergeben“ erwidert, er könne nicht von „wir“ reden, da 400.000 € vom Bezirk und 750.000 € von der GASAG in die Bodensanierung geflossen seien. Ob und womit Müller sich beteiligt hätte, sei bis heute nicht belegt. Auf den Einwurf des Gastes „Das stimmt!“ rief Müller: „Sie gehören nicht zum Ausschuss, Sie haben hier nichts zu sagen.“ Die Ausschussvorsitzende Bettina Güldner hatte zuvor Rederecht auch für Gäste erteilt. Als der Gast dann mit zwei anderen Gästen das Gelände verlassen wollte, eilte Müller mit einem Begleiter herbei und erteilte sein Hausverbot, gültig ab sofort und ausdrücklich auch für den Tag des offenen Denkmals. Die Ausschussvorsitzende und Bezirksverordnetenvorsteher Rainer Kotecki sind von dem Vorfall unterrichtet. Der Ältestenrat erörtert nun, dass öffentliche Veranstaltungen politischer Vertretungsorgane ein geschütztes Instrument sind. ck

Die Zeit wird knapp für die „Soziale Stadt“

Demnächst wird der Haushaltsentwurf der Bundesregierung behandelt. Städtebau- und Verkehrsminister Ramsauer (CSU) hat Kürzungen der Mittel für Städtebauförderung um 50 % angekündigt. Der Etatposten für Straßenbau hingegen bleibt unangetastet. Stark betroffen ist das Programm Soziale Stadt, aus dem die Quartiersmanagements gespeist werden.

Grund genug für den Arbeitskreis Berliner Quartiersmanagement-Beauftragter (AKQ), gegen die Kürzungen um die Hälfte in einer Presseerklärung zu protestieren. „Rettet die Soziale Stadt!“, heißt es dramatisch. Am 21. September kommen auf Einladung des AKQ zahlreiche Betroffene in die Zwölf-Apostel-Gemeinde an der Kurfürstenstraße. Auf dem Podium sitzen Vertreter aller drei Oppositionsparteien des Bundestages. CDU-MdB Kai Wegener, der in einer Erklärung gegen die Kürzungen protestiert hat, sagt kurzfristig ab.

Eingangs verdeutlichen drei Berlin weit vorbildliche Projekte, wie wichtig ihre Arbeit für Bildung, Integration und nachbarschaftliches Engagement ist: die Neuköllner Stadtteilmütter, das Weddinger Sprachlabor, die Bolzplatz Liga. Letztere erreicht 500 im Fußball aktive Jungen und Mädchen.

Die anwesenden Quartiersräte fordern zu praktischen Protestaktionen gegen die Mittelkürzungen

auf: Unterschriftensammlungen, Besuche bei Abgeordneten, Protestbriefe und bessere Vernetzung. Die laufenden Maßnahmen sind von den Kürzungen nicht betroffen, wohl aber die kommenden. Unter diesen Umständen, so einhellig in allen Redebeiträgen, sei kaum noch Arbeit zu leisten und eine Verstetigung wichtiger Projekte unmöglich.

Die drei Oppositionsparteien im Bundestag wollen gegen die Mittelkürzungen im Städtebau an einem Strang ziehen. Sven Diedrich (DIE LINKE) kündigte an, dass der Antrag der Grünen unterstützt werde. Beide Parteien sind sich ohnehin einig, dass neuer Autobahnbau nicht notwendig sei. Der Weiterbau der A 100 durch Berlin, von der SPD nicht grundsätzlich abgelehnt, kostet allein 100 Millionen Euro. „Wir fragen außerdem, ob Berlin ein Stadtschloss braucht“, so Sven Diedrich.

Solche rechnerischen Hinweise auf vorhandene Haushaltsmittel sind notwendig, um gegenüber den drei Regierungsparteien in „diplomatischen Gesprächen“, wie es seitens der Grünen heißt, noch etwas zu erreichen. Die Konferenz der Länderbauminister hat inzwischen die Kürzungen im Bereich der Städtebauförderung einstimmig abgelehnt.

Thomas Hinrichsen

Wolfgang Szepansky

Wir gedenken dem antifaschistischen Widerstandskämpfer, Wolfgang Szepansky, dessen 100. Geburtstag sich am 09. Oktober zum hundertsten Mal jährt. Wolfgang Szepansky lebte und arbeitete lange Zeit in unserem Bezirk (Tempelhof).

Wolfgang wuchs in einer sozialistischen Familie auf und war Mitglied einer kommunistischen Kindergruppe. Seine ältere Schwester Luise Szepansky war Vorsitzende des Kommunistischen Jugendverbandes in Mariendorf. Als Jugendlicher war er in der Arbeitertheaterbewegung aktiv und absolvierte eine Lehre als Maler.

Im Sommer 1933 wurde er verhaftet wegen der Aufschrift in der Lichtenfelder Straße in Berlin-Kreuzberg „Nieder mit Hitler! KPD lebt. Rot Front!“ Er kam dann von der Abteilung I im Polizeipräsidium am Alexanderplatz ins Berliner Konzentrationslager Columbia-Haus. Nach der Haftentlassung im Januar 1934 floh er in die Niederlande, dort wurde er 1940 interniert, an die Gestapo ausgeliefert und von Oktober 1940 bis zum 21. April 1945 im Konzentrationslager Sachsenhausen gefangen gehalten. Die Befreiung erlebte er während des Todesmarsches der Häftlinge. Während der KZ-Haft wurde er 1941 wegen „Rassenschande“ verurteilt und kam für zwei Jahre ins Strafgefängnis nach Tegel, weil er mit einer Jüdin in Amsterdam einen Sohn hatte.

Am 18. Juni 1945 organisierte er ein Treffen in einer Mariendorfer Schule und der Antifaschistische Jugendausschuss von Tempelhof entstand, aus dem später eine Bezirksgruppe der FDJ wurde. Beruflich wurde er Zeichenlehrer, bis er per Strafbescheid aus dem Schuldienst entlassen wurde



wegen „aktiver Betätigung im Sinne der SED“. Dieses Schicksal teilte er mit vielen weiteren AntifaschistInnen in den Westsektoren Berlins und in Westdeutschland. Anschließend war er als Klubhausleiter bei der West-Berliner Reichsbahn tätig. Er engagierte sich in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Verband der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-VdA), gehörte zu den Gründern der antifaschistischen Galerie Olga Benario und war im Internationalen Sachsenhausenkomitee tätig.

Mit der Songgruppe Sorgenhobel brachte er in den 1980er Jahren mehrere Schallplatten heraus und trat auf Veranstaltungen auf.

Wolfgang Szepansky führte seit 1978 bis ins hohe Alter fast 40000 Jugendliche durch das ehemalige KZ Sachsenhausen. Am 26. September 1996 wurde er dafür mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. Wolfgang Szepansky starb am 24. August 2008 in Schöneberg und ist auf dem Friedhof Mariendorf II beerdigt.

Eine Ausstellung zu Wolfgang Szepansky ist jetzt in Lichtenrade (Initiative „KZ-Außenlager“) in Vorbereitung. Geplant ist auch das Anbringen einer Gedenktafel des „Aktiven Museums“ in Zusammenarbeit mit den Kindern des Widerstandskämpfers an der Schultheiss-Brauerei, wo er die Parole „Nieder mit Hitler“ malte. Die genauen Veranstaltungstermine geben wir weiter, so wie wir sie erfahren.

Wir haben das Glück gehabt, Wolfgang Szepansky bei mehreren Veranstaltungen und Stadtrundfahrten erleben zu dürfen. Wir werden sein Vermächtnis stets in Ehren halten.

Carsten Schulz

BVV am 1. September 2010

FDP-Fraktion aufgelöst

Dies war eine der Mitteilungen durch die BVV. Drei der bisher vier Verordneten wechselten zur CDU, bei der sie sich offensichtlich mehr Chancen als Kandidaten für die nächste Legislaturperiode 2011 versprechen. Auffallend war ihr Eifer, in der BVV mitzureden, was von anderen Parteien entsprechend ironisch kommentiert wurde. Demokratisch gesehen entspricht ihr Verhalten nicht dem Wählerwillen, sie hätten statt dessen ihr Mandat zurückgeben müssen. Aber politisch gesehen liegt ihre Ideologie dicht bei der CDU: Bedienen der höheren Einkommensschichten, aber die wirklichen sozialen Probleme in der Gesellschaft interessieren sie nicht.

BVV-Beschluss von Bezirksstadtrat ignoriert

Bei einer Mündliche Anfrage der SPD bezüglich des bezirklichen Plakats "Bunte Vielfalt statt brauner Einfalt" (Konsensbeschluss) wollte man wissen, warum das Plakat am 17.7. nicht, wie vorgesehen, am Rathaus Schöneberg zur Demonstration gegen „Pro Deutschland“, aufgehängt wurde. Stadtrat Krömer (CDU) versuchte sich zu rechtfertigen und berief sich auf "Neutralität" und "allgemeine demokratische Grundwerte", die sein Handeln innerhalb des Bezirksamtes (BA) bestimmt hätten, danach sei es "einvernehmlich" so gelöst worden, ein anderes Transparent aufzuhängen. Dies ist eine klare Missachtung des BVV-Votums und macht deutlich, dass hier eher Krömers rechtspolitische Haltung zum Ausdruck kommt. Teil der Anfrage war die für den 19.7. geplante symbolische Putzaktion (von Glad e.V., Harmonie e.V., Huzur e.V.) zur Beseitigung des "braunen Drecks und Gestanks". Die Verhinderung wurde von Krömer u.a. damit begründet, dass nicht jeder ins Rathaus kommen und machen könne, was er will. Sein gutsherrenmäßiges Auftreten in dieser Frage kann nur Wasser auf die Mühlen der

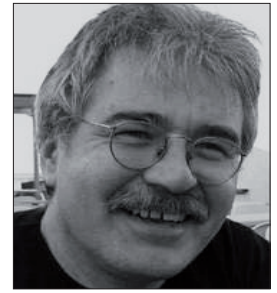
Rechten sein. Zur gleichen Thematik fragte unser Verordneter Harald Gindra das Bezirksamt, warum eine am gleichen Tag von der SPD-Fraktion geplante Veranstaltung nicht stattgefunden habe. Krömer antwortete, dass bei einer zeitgleichen Veranstaltung mit der von „Pro Deutschland“ ein "Sicherheitsrisiko" bestanden hätte. Auch die Tatsache, dass Führungspersonal von „Pro Deutschland“ durch den vom Standesamt genutzten Eingang geschleust wurde und so Störungen bei Trauungen in Kauf genommen wurden, kritisierte unser Verordneter. Dies wäre eine ad hoc Entscheidung der Polizei gewesen, so Krömer. Harald Gindra sprach von der Abgabe des Hausrechts. Untätig blieb man ebenso, als „Pro Deutschland“-Teilnehmer Protestierende abfotografierten Krömers Verhalten und seine „Pro Deutschland“ entgegenkommende Einflussnahme sind skandalös. Das Bezirksamt und die BVV weichte vor einer Gruppe von Volksverhetzern zurück, denen man ohne Not das Rathaus überlässt, und die Polizei unterstützt dies mit ihrem "Service". Wirksamer Widerstand gegen braunes Gedankengut ist dagegen unerwünscht.

Strafe statt Erziehung

Heftige Kritik erntete die CDU mit ihrem Antrag (Drs. 1542), verurteilte Jugendstraftäter (Bereich Vandalismus und Farbschmierereien) vermehrt in bezirklichen "Säuberungs- und Aufräumarbeiten" einzusetzen. Gefordert seien doch eher erzieherische Massnahmen beziehungsweise pädagogische Begleitung statt "plumpe Bestrafungsmassnahmen" so SPD und B.90/Grüne. Unverständnis erzeugte der Antrag auch, weil es ja Aufgabe des Jugendgerichtes ist, darüber zu entscheiden, und nicht der Politik – und "das Gericht lasse niemals etwas offen". Der Antrag zur Überweisung in den Ausschuss wurde abgelehnt.

Elisabeth Wissel

Unser Bezirksverordneter



Harald Gindra

Termine nach telefonischer Vereinbarung

Telefon: 01525 45 25 000

E-Mail:

Linke.bvv.ts@googlemail.com
Büro und Erreichbarkeit im Rathaus Schöneberg, Raum 2036

Tel: 030/ 90 2 77 48 98

Sprechstunde: Immer Donnerstags 17 - 19 Uhr

Arbeitskreis

Kommunales (AKK)

In offener Diskussion, Gäste sind ausdrücklich eingeladen, begleitet der AKK unsere Arbeit in der BVV. Mitglieder, andere kommunal Interessierte und von bezirklichen Entscheidungen Betroffene können auf diese Weise Einfluss auf Vorlagen der BVV nehmen.

AKK-Termine:

Freitag, 22. und 29. Oktober, und 12. November um 18.30 Uhr jeweils im Rathaus Schöneberg,

Direkte Demokratie

Wir fordern auf, die Einwohnerfragestunde zu jeder monatlichen Bezirksverordnetenversammlung (BVV-Sitzung) zu nutzen. Alle bezirklichen Themen können angesprochen werden. Wir unterstützen gerne dabei. Interessierte sind ständig eingeladen, auch die Beratungen der Ausschüsse der BVV zu besuchen. Informationen sind bei uns zu erhalten.

Bezirksverordnetenversammlung (BVV)

Die nächste öffentliche BVV-Sitzung findet am Mittwoch, 27. Oktober, 17 Uhr im Rathaus Schöneberg, BVV-Saal statt.

Weitere BVV-Vorlagen am 1. Sept. 2010

An dieser Stelle wollen wir die Transparenz über die Arbeit in der BVV verbessern. Wir listen stichpunktartig eine Auswahl der behandelten Vorlagen und dessen Beratungsergebnisse auf. (Drs. = Drucksache; BA = Bezirksamt; BE = Beschlussempfehlung; KL = Konsensliste; MzK = Mitteilung zur Kenntnisnahme; FM = Gebäudewirtschaft)

- Zusammenarbeit Tempelhof-Schöneberg - Mersin (Türkei) ermöglichen (Drs. 1533 von SPD) Ergebnis: Überweisung in Hauptausschuss (KL)
- Mehr Steuern für Spielautomaten (Drs. 1534 von CDU) Ergebnis: Beschluss
- Offenlegung der Rechtsprüfung des Senats zum B-Plan 7-29 „Gasometer“ (Drs. 1535 von B'90/Grüne) Ergebnis: Überweisung in Ausschuss Stadtplanung
- Nachteile durch Wohngeldbezug reduzieren (Drs. 1536 von DIE LINKE) Ergebnis: Überweisung in Sozialausschuss (KL)
- Kita Eigenbetrieb Süd-West: Offene Finanzierung duldet keinen Aufschub! (Drs. 1547 von B'90/Grüne) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Kulturförderabgabe (Drs. 1348 Änderungsantrag von B'90/Grüne) Ergebnis: Beschluss
- Ausstellung „Feind ist, wer anders denkt“ (Drs. 1179 MzK des BA) Ergebnis: Überweisung in Ausschuss Bildung und Kultur (KL)
- Nachnutzung des Grundstücks „Schwielowseeschule“ (Drs. 1412 MzK des BA) Ergebnis: Überweisung in Haupt- sowie Stadtplanungsausschuss (KL)
- B-Plan 7-42 Barbarossaplatz - Altlasten (Drs. 1468 MzK des BA) Ergebnis: Zur Kenntnis genommen (KL)
- Kontrollverfahren und Transparenz bei Sozialleistungserbringern (Drs. 1411 MzK des BA) Ergebnis: Überweisung in Sozialausschuss (KL)

Die BVV-Drucksachen sind dokumentiert unter:

<http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/bvv-online/allris.net.asp>



Foto Ridvan Küçük

Bereits zum zweiten Mal wurde der interkulturelle Frauenpreis Kosmopolita 2010 vom Bezirk Tempelhof-Schöneberg verliehen. Mit diesem Preis, der vom Bezirksbürgermeister Ekkehard Band und der Integrationsbeauftragten des Bezirks Gabriele Gün Tank ins Leben gerufen wurde, sollen die Leistungen von Frauen und Mädchen, Gruppen oder Organisationen, die sich im Bezirk herausragend und beispielgebend für das interkulturelle Leben einsetzen, gewürdigt werden.

Auf der gut besuchten Feierstunde am 22.09.10 im Rathaus Schöneberg hielt die Schirmherrin Prof. Dr. Rita Süßmuth, Bundestagspräsidentin a.D., die Laudatio. Als Kosmopolita 2010 wurde die Einrichtung Al-Nadi (arabisch „der Club“) geehrt. Al-Nadi existiert als Teil des Nachbarschaftsheim Schöneberg e.V. seit 1979 und wendet sich als zentrale Anlauf- und Beratungsstelle an arabische Frauen. Neben einem am Bedarf der Besucherinnen ausgerichteten Beratungs- und Kursangebot steht Al-Nadi für einen beliebten Treffpunkt arabischer Frauen, der sich mittlerweile in ganz Berlin herumgesprochen hat. Den Preis nahmen stellvertretend für Al-Nadi die Leiterinnen Frau Lina Ganama und Frau Hannah Drexel entgegen. Die Freude über die Anerkennung ihres Engagements teilten die zahlreich erschienen Al-Nadi Frauen mit frenetischem Beifall und Zagareet-Trillern. Der Kosmopolita Ehrenpreis wurde Frau Tamara Siebenmorgen-Koch für ihr Engagement und Verdienste im „Interkulturellen Haus“ und dem „Café Interkulturell“ in der Geßlerstr. 11, in der T-SAGIF (Tempelhof-Schöneberger Arbeitsgemeinschaft der Immigranten und Flüchtlingsprojekte) und im Verein Ausländer mit uns e.V. verliehen. Wir gratulieren den Preisträgerinnen.

Ridvan Küçük

Regionalkonferenz in Rostock

am 18.9.2010

Bericht vom Workshop „Frieden“:

„Mit der Linken wird es keine Kampfeinsätze der Bundeswehr geben!“



Foto: Grace Irazoque

Diese Feststellung stieß bei den TeilnehmerInnen des friedenspolitischen Workshops auf der Programmkonferenz auf breite Zustimmung. Diese Position entspricht der bisherigen Beschlusslage der Partei **DIE LINKE**. Und sie wird in dieser Klarheit auch im ersten Entwurf zum neuen Grundsatzprogramm bestätigt. Der außenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Wolfgang Gehrcke, fand viel Zustimmung mit seiner Forderung, dass **DIE LINKE** sich an keiner Regierung beteiligen dürfe, die die Bundeswehr in internationale Einsätze schickt.

Mit Blick auf die Zustimmung der Sozialdemokraten zu den Kriegskrediten im ersten Weltkrieg gab Gehrcke zu bedenken, dass schon einmal die Friedensfrage die deutsche Linke spaltete und eine solche Entwicklung heute unbedingt vermieden werden müsse. Für **DIE LINKE** sei es im Vereinigungsprozess von WASG und PDS konstituierend gewesen, dass wir uns nicht an Kriegen beteiligen. Auch diese konsequente antimilitaristische Haltung hat zu den bedeutenden Wahlerfolgen der **LINKEN** beigetragen. Hier dürften wir nicht beliebig werden, so Gehrcke.

Der ehemalige Bundestagsabgeordnete Norman Paech wies darauf hin, dass heute Unsummen von Geld in internationale Militäreinsätze gesteckt, hingegen kaum Gelder für zivile Konfliktprävention und Konfliktbeilegung bereit gestellt werden. Paech argumentierte, dass imperiale Interessen des Westens für die Militärinterventionen in Jugoslawien, Irak und Afghanistan ausschlaggebend waren, es sei wichtig, diese Interessen auch unter dem Begriff Imperialismus beim Namen zu nennen.

Die Forderung, die NATO aufzulösen, wurde breit bestätigt. Eine Bundesrepublik ohne Armee – auch diese Debatte wurde auf dem Workshop geführt und Vorschläge für eine sozial verträgliche Konversion von Bundeswehrstandorten erläutert. Friedenspolitische und sozialpolitische Anliegen müssen zusammengeführt werden. Das machte auch die Debatte um den Standort der Internationalen Luftfahrtausstellung am Berliner Flughafen BBI klar, die einerseits ein Standortfaktor für Arbeitsplätze darstellt, andererseits aber erhebliche militärische Komponenten aufweist und deshalb von vielen Diskussionsteilnehmern und den Referenten aus dem Podium grundsätzlich abgelehnt wird.

Abschließend stellten Paech und Gehrcke klar, wofür **DIE LINKE** auch weiterhin steht:

- für die **Erhaltung des Friedens durch Respektierung des Völkerrechts, insbesondere des Gewaltverbots in den internationalen Beziehungen!**
- für den **Kampf um globale soziale Gerechtigkeit!**
- für **weltweite Abrüstung und Demokratisierung in den internationalen Beziehungen!**

Im Zentrum der Diskussion steht in diesem Zusammenhang die Eigentumsfrage und die Forderung nach umfassender Vergesellschaftung im internationalen Maßstab.

Mit solchen Positionen wird **DIE LINKE** nicht den bisherigen Weg der Kriegsparteien von SPD und Grünen gehen!

Alexander King und Carsten Schulz

Bezirksvorstand neu gewählt



Am 6. Oktober wählte **DIE LINKE** Tempelhof-Schöneberg einen neuen Vorstand. Zum Vorsitzenden wurde erneut Carsten Schulz, zu Stellvertretern Heidi Kloor und Harald Gindra gewählt. Schatzmeisterin ist Monika Berthold, Schriftführerin Elisabeth Wissel. Weitere Mitglieder des Vorstandes sind: Yasemin Aktay, Irene Bise, Pinar Erdogmus, Grace Irazoque, Lisa Stephan, Fabio Biasio, Kai Drether, Koray Yilmaz-Günay Ridvan Küçük und Tacettin Dagci.

Regionalkonferenz in Rostock

am 18.9.2010

Bericht von Podiumsdiskussion

„Gute Arbeit vs. bedingungsloses Grundeinkommen?“

Das Thema des Podiums benennt die beiden Pole der Diskussion, es ging aber auch um den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) versus Öffentlicher Dienst, um Industrie- versus Informations- und Dienstleistungsgesellschaft, um bezahlte und unbezahlte Arbeit, letztlich um den Begriff Arbeit überhaupt.

Gute Arbeit und das, was Arbeit ausmacht, war das Thema von Horst Schmitthener (IG Metall, Kontaktstelle Soziale Bewegungen), Katja Kipping (stellvertretende Parteivorsitzende **DIE LINKE**) plädierte für das bedingungslose Grundeinkommen, Helmut Holter (Fraktionsvorsitzender **DIE LINKE** im Landtag Mecklenburg-Vorpommern) warb für den ÖBS und Morganeta Steinrücke (Arbeitnehmerkammer Bremen) arbeitete heraus, was die empirischen Nöte und Bedürfnisse der abhängig Beschäftigten sind und wo Gewerkschaften und **DIE LINKE** anknüpfen können und müssen, wollen sie in dieser Auseinandersetzung eine Rolle spielen.

Große Übereinstimmung gab es beim Thema Arbeit: In die Definition sind bezahlte und unbe-

zahlte, also der gesamte Kanon der gesellschaftlich notwendigen Arbeit einzubeziehen; dass diese Arbeit ein gesundes Maß haben soll, gerecht und lernförderlich sein muss und Belastungen und Risiken zu bekämpfen sind, wurde übereinstimmend festgestellt. Einig waren sich die DiskutantInnen auch bei der Forderung nach Verkürzung der Zeit für Erwerbsarbeit, um diese gerechter zu verteilen. Differenzen zeigten sich bei der Frage nach Lohnausgleich. Hier gab es Variationen von vollem Lohnausgleich bis zu Stufenmodellen.

Nach wie vor umstritten bleibt das bedingungslose Grundeinkommen. Aus meiner Sicht konnte nicht dargelegt werden, wie verhindert werden soll, dass dabei als Folge die Löhne und Gehälter gesenkt werden. Auch wurde nicht klar, woher genau im Stadium der sog. Informations- und Dienstleistungsgesellschaft das Geld für dieses an alle auszuzahlende Grundeinkommen genommen werden soll. Für das Parteiprogramm bedeutet dies, dass dieser Punkt als offene Frage zu formulieren ist.

(Heidi Kloor)

Hunderttausend gegen Atomstrom

Es lässt sich nicht mehr übersehen: Diese Regierung betreibt heroisch Selbstmord und Realitätsverleugnung. Sie folgt brav und selbstmörderisch den Weisungen der großen Energiekonzerne, obwohl Millionen die Atomenergie ablehnen, Hunderttausend dagegen protestieren und der Mainstream der Fachwissenschaft längst erkannt hat, dass für eine vernünftige und ausreichende Energieversorgung dieser lebensgefährliche Atomstrom überflüssig ist. Natürlich hätten wir ja eigentlich über diesen Selbstmord Anlass zur großen Freude. Denn überdeutlicher kann es ja gar nicht werden, wie dieses Selbstmord-Ensemble, das sich Regierung nennt, nach der Pfeife der Großkonzerne tanzt und auf die Lebensinteressen der sogenannten „kleinen Leute“, spricht: der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung, pfeift. Hunderttausend gegen Atomstrom umzingelten am 18. September diese Regierung, Millionen sitzen in den Startlöchern – oder, wie es in einem Lied des Gewerkschaftschores IG-Peng heißt: Sie haben die Millionen, doch wir sind Millionen. Sicher auch sehr nett und hoffnungsvoll, mit Trittin, Roth und Gabriel, mit den Grünen und der SPD

gemeinsam zu marschieren. Nur nicht vergessen, dass deren Politik, als sie an der Macht waren, mit den Herren und Damen in den obersten Etagen sehr zuvorkommend umging. Wer sich aber (frei nach einem berühmten Wort eines Frankfurter Philosophen aus den Sechziger Jahren) nicht mit dem Kapitalismus, sprich: der sogenannten Wirtschaft, anlegen will, sollte von den Katastrophen, die dieses System anrichtet, gefälligst schweigen. Wie vieles andere lässt sich der Ausstieg aus dem Atomstrom letztendlich nur **g e g e n** die Wirtschaft durchsetzen! Die Lehre schließlich dieses denkwürdigen Samstages richtet sich an alle, die sich irgendwie als Linke verstehen: Vergessen wir doch einfach einmal all diese kleinen Queren und Dissonanzen – wenn **Linke** sich streiten, freuen sich die da oben – und marschieren wir endlich gemeinsam gegen diese unheilvolle und lebensgefährliche Riesenlobby, die sich Kapitalismus oder verharmlosend Marktwirtschaft nennt und uns schon so lange erfolgreich an der Nase herumführt. Motto: Gemeinsam sind wir stark – alles andere ist Quark!

Detlef Stoklossa



Verschüttete Entwicklungspfade

„Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist“, so lautete ursprünglich der GG-Artikel 146.

Statt einer Vereinigung auf Augenhöhe beschloss am 22. August 1990 die Volkskammer, zum 3. Oktober dem Geltungsbereich des Grundgesetzes nach Artikel 23 beizutreten und auf eine neue, gemeinsam ausgearbeitete Verfassung, womöglich gar in einer Volksabstimmung beschlossen, zu verzichten. Geschichte ist niemals eindimensional und so gab es auch 1990 alternative Entwicklungspfade, wie sie am sog. Runden Tisch zu einer DDR-Verfassung angedacht oder durch das „Kuratorium für einen demokratisch verfassten Bund Deutscher Länder“ von Bürgerrechtlern wie Wolfgang Ullmann angedeutet wurden. Doch an einer gleichberechtigten Vereinigung zeigten die Westparteien und bald auch ihre DDR-Apologeten kein Interesse. Es wurde auf eine soziale, ökonomische und ökologische Renovierung der miefigen Piefke-BRD verzichtet, faktisch ein Anschluss vollzogen und damit die Selbstaufgabe einer ganzen Nation mitsamt den lebensweltlichen Erfahrungen ihrer Bürger_innen festgeschrieben. Der 3. Oktober ist kein Tag zum Feiern, so wie es in der deutschen Geschichte sowieso kaum Jubeltage gibt, sondern eher Anlässe des Gedenkens und Mahnens. Dazu in der nächsten **LUPE** mehr.

Uwe-Jürgen Ness



Bürgerarbeit statt echte Arbeitsangebote

Tatsächliche Arbeitslosigkeit im September 2010: 4.161.904

Offizielle Arbeitslosigkeit: 3.031.354

Nicht gezählte Arbeitslose: 1.130.550

Nicht gezählte Arbeitslose aufgeschlüsselt:

Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld II: circa 360.000

Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld I (§ 428 SGB III): 544

Ein-Euro-Jobs (Arbeitsgelegenheiten): 324.238

Berufliche Weiterbildung: 197.448

Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen (z.B. Bewerbungstraining): 49

Aktivierung und berufliche Eingliederung (z. B. Vermittlung durch Dritte): 184.572

Beschäftigungszuschuss (für schwer vermittelbare Arbeitslose): 30.555

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen: 2.361

Kranke Arbeitslose (§126 SGB III): 30.783

Arbeitskreis Erwerbslosen Versammlung in

Schöneberg (AK ELViS)



Rote Insel, Feurigstr. 68

Hilfe und Beratung zu ALG 2

Jeden 2. u. 4. Dienstag 17-19 Uhr

Jeden Donnerstag, 10-12 Uhr

Erwerbslosenfrühstück
Jeden 2. u. 4. Donnerstag, 10-12 Uhr mit Rechtsanwältin

Jobcenter - Aktionen
Wolftramstrasse 89-92

Jeden 1. u. 3. Dienstag, 10-12 Uhr

Jeden 1. u. 3. Donnerstag, 16.30 -18.00 Uhr

Desinteressiert, monoton und in einem getriebenen Tempo antwortete Sozialstadträtin Klotz (B.90/Grüne) auf die Große Anfrage unseres Verordneten Harald Gindra bezüglich Bürgerarbeit und Öffentlicher Beschäftigungssektor. Auffallend war auch das einhergehende Desinteresse der anderen Fraktionen an diesem Thema. Es ist nun Realität, dass das JobCenter (JC) mit Unterstützung der Sozialstadträtin die Bürgerarbeit im Bezirk einführt. Zur Ablehnung des unsozialen Bundesprogrammes „Modellprojekt“ hätte es Mut und Verantwortungsgefühl bedurft, dies hatten leider nur vier JC in Berlin. Als Zielgruppe hat man 60 Alleinerziehende und 440 „Kunden“ über 50 Jahre bestimmt. Wobei davon ausgegangen wird, dass 75% (nach den Phasen: Beratung, Vermittlungsaktivitäten und Qualifizierung) in Arbeit vermittelt werden (es fragt sich in welche Arbeit, in aller Regel übersubventionierte) und für 25% Bürgerarbeitsplätze gefördert werden. Das bedeutet, wer nicht funktioniert, wird abgeschoben in die Bürgerarbeit, auf verwaltungsdeutsch „bei denen eine Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt nicht möglich ist“. Während zur Arbeitsgelegenheit in der Entgeltvariante (AGH-E) nach Abschluss der Massnahme „die Integration möglich ist“.

Die Bürgerarbeit kann bis zu 36 Monate dauern und es sind vor allem Hilfstätigkeiten in gemeinnützigen Einrichtungen, in einer 20 bzw. 30 Stunden-Woche mit einem Förderbetrag in Höhe von 720 bzw. 1080 Euro (finanziert aus 500 Euro ESF-Mittel und 580 Euro Bundesmittel). Nicht nur dass der ganze Aufwand hohe Kosten verursacht und bürokratisch ist, er ist für die Betroffenen eine dreiste Zumutung, was die Absolvierung der Trainingsmassnahmen betrifft, als ob die Menschen komplette Idioten wären und keine Arbeits- und Lebenserfahrung hätten. Und die Bezahlung, die indirekt über das JC läuft, lässt ihre Arbeit wertlos erscheinen. Einfache Tätigkeiten zu verrichten, ist keine Schande. Aber sie nicht bezahlen zu wollen und Menschen in einem Angstzustand halten, da ihnen Sanktionen vom JC drohen, das ist eine Schande und menschenunwürdig. Wir brauchen keine Bürgerarbeit, keine Ein-Euro-Jobs und dergleichen und noch weniger eine Subventionierung von Arbeitgebern. Was wir brauchen, sind Mindestlöhne und feste Arbeitsplätze im kommunalen Aufgabenbereich.

Elisabeth Wissel

Kurzinfo zum Asylbewerber Leistungsgesetz

(AsylbLG) Siehe Seite 7: Presseerklärung

Das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) wurde 1993 als Teil des so genannten Asylkompromisses geschaffen. Ziel der damaligen Bundesregierung war, durch Leistungseinschränkungen den „Asylmissbrauch“ zu bekämpfen und die Zuwanderung von Flüchtlingen zu steuern. Dazu dienten u.a. eine deutliche Leistungsabsenkung, die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften sowie der Vorrang von Sachleistungen vor Bargeld.

Die Beträge – die inzwischen um mehr als 1/3 unterhalb der Leistungen der Sozialhilfe bzw. des Arbeitslosengeldes II liegen – wurden entgegen der Maßgabe des § 3 Abs. 3 AsylbLG seit Einführung des Gesetzes am 1.11.1993 kein einziges Mal an die Preisentwicklung angepasst und sind immer noch in DM ausgewiesen.

Dagegen wurde die Dauer des Leistungsbezugs sukzessive von ursprünglich einem Jahr auf mittlerweile mindestens vier Jahre erhöht. Zusammen mit anderen Restriktionen wie Arbeits- und Ausbildungsverboten, Umverteilung und Residenzpflicht erzeugt das AsylbLG eine künstliche Notlage, die viele Betroffene psychisch und physisch krank macht.

Das AsylbLG gilt für

- asylsuchende Ausländer,
- Ausländer mit Duldung und
- Ausländer mit Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 S. 1, § 25 Abs. 5 AufenthG.

Vergleich AsylbLG - Hartz IV

	Haushalts- vorstand	Angehörige 0-5 Jahre	Angehörige 6 Jahre	Angehörige 7-13 Jahre	Angehörige ab 14 Jahre	zwei Partner ab 18 Jahre
AsylbLG bar	40.90€	20.45€	20.45€	20.45€	40.90€	2x40.90€
AsylbLG § 3 II (Sachleistungen, Gutscheine oder Bargeld)	184.07€	112.48€	12.48€	158.50€	158.50€	158.50+184.€
AsylbLG gesamt seit 1.11.1993	224.97€	132.93€	132.93€	178.95€	199.40€	199.40+224.97€
SGB II/XII seit 1.7.2009	359.-€	215.-€	251.-€	251.-€	287.-€	2 x 323.-€
SGB II/XII 1.1.2011	364.-€	215.-€	251.-€	251.-€	287€	2 x 328.-€
Kürzung in %	38.20%	38.17%	47.04%	47.04%	30.52%	35.51%

Flüchtlingskinder: Kein Bildungspaket und 50 Prozent weniger Sozialhilfe als Hartz-IV-Kinder

28. September 2010

Der gestern veröffentlichte Gesetzentwurf zu den Hartz-IV-Regelsätzen sieht für Kinder unverändert 215 - 287 €/Monat vor. Zudem erhalten Schulkinder ab 2011 Sachleistungen zur Deckung ihres Bildungsbedarfs. All dies gilt jedoch nicht für Kinder, die unter das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) fallen. Flüchtlingskinder sind wie Deutsche schulpflichtig, müssen aber mit einem bis zu 47 Prozent geringeren Sozialhilfesatz (133 - 199 €/Monat) auskommen. Auch das Bildungspaket bekommen sie nicht.

Im Februar 2010 hatte das Bundesverfassungsgericht die Hartz-IV-Regelsätze für verfassungswidrig erklärt und aus dem Grundrecht auf Menschenwürde und dem Sozialstaatsgebot das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums abgeleitet. Es ist unbestritten, dass dieses Grundrecht für Deutsche und Ausländer gleichermaßen gilt. Nach den Maßgaben dieses Urteils müssen auch die Beträge nach dem AsylbLG neu ermittelt werden.

Maßgeblich für die 1993 erfolgte Festlegung der seitdem unveränderten Regelsätze des AsylbLG waren allein haushalts- und migrationspolitische Motive. Der Bedarf spielte keine Rolle, die Beträge wurden „ins Blaue hinein“ geschätzt. Sie liegen inzwischen bei Erwachsenen um 38 Prozent unter den Hartz-IV-Sätzen, Kinder bekommen bis zu 47 Prozent weniger.¹

„Es liegt auf der Hand und ist unter Fachleuten kaum bestritten, dass die seit 1993 unveränderten Beträge nach § 3 AsylbLG zur Deckung eines menschenwürdigen Existenzminimums evident unzureichend sind.“² Das Geld reicht weder für Kleidung und Essen noch für Fahrgeld und Schulbedarf, geschweige denn für Sport-, Musik- oder Nachhilfenunterricht“, sagt Georg Classen, Sozialrechtsexperte des Flüchtlingsrats Berlin.

„Die besondere Situation neu eingereister Flüchtlingskinder dürfte eher dafür sprechen, dass diese finanziell gesehen einen höheren Bildungsbedarf als Deutsche haben, beispielsweise zum Spracherwerb“, so Classen weiter.

Es ist nicht nachvollziehbar, warum der Bildungsbedarf eines Schulkindes, dessen Eltern als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind, geringer sein soll als der eines deutschen Schulki-

Es ist nicht nachvollziehbar, warum der Bildungsbedarf eines Schulkindes, dessen Eltern als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind, geringer sein soll als der eines deutschen Schulkindes. Das Geschwätz von der Integration entpuppt sich als plumpe Lüge. Ministerin von der Leyen verweigert den Kindern von Flüchtlingen das Existenzminimum ebenso wie den notwendigen Schul- und Bildungsbedarf. Als oberste Integrationsverweigererin gibt sie ein schlechtes Vorbild ab.

Auf der Internetseite der Arbeits- und Sozialministerin finden sich schöne Worte: „Die Zukunft hilfebedürftiger Kinder darf nicht länger davon abhängen, ob die Eltern langzeitarbeitslos sind oder nicht. Kinder brauchen Chancen, Kinder brauchen Perspektiven, egal wie gut oder schlecht ihre Eltern finanziell gestellt sind.“³ Zu fragen ist, weshalb dies nicht gleichermaßen für Asylbewerberkinder gilt.

Mit Urteil vom 26.07.2010 hat das Landessozialgericht NRW die Leistungen nach § 3 AsylbLG für offensichtlich unzureichend und verfassungswidrig erklärt.⁴ Die Beträge prüft jetzt das Bundesverfassungsgericht. Der Flüchtlingsrat fordert Ministerin von der Leyen und die Bundesregierung auf, nicht auf die Verfassungsrichter zu warten, sondern sofort das diskriminierende, integrationsfeindliche und verfassungswidrige AsylbLG abzuschaffen.

**Gleiches Recht auf Bildung und Teilhabe für alle Kinder!
Sofortige Abschaffung des AsylbLG!**

¹ Vgl. Tabelle im Anhang dieser Pressemitteilung
² Vgl. etwa „Schätzungen ‚ins Blaue hinein‘: Zu den Auswirkungen des Hartz IV-Urteils des Bundesverfassungsgerichts auf das AsylbLG“, Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (NVwZ) 2010, 558
³ www.bmas.de/portal/47874/2010__09__20__referentenentwurf__neugestaltung__grundsicherung.html

⁴ LSG NRW L 20 AY 13/09, B.v. 26.07.2010, www.justiz.nrw.de/Presse/presse_weitere/PresseLSG/28_07_2010/index.php

Sondertermine

Wolfgang Szpansky, anlässlich des 100. Geburtstages - einen Einblick in das künstlerische Werk. Eine **Ausstellung** des Kunsamtes Tempelhof-Schöneberg
9. Oktober - 12. Dezember 2010
Galerie im Tempelhof Museum
Alt-Mariendofr 43, 12107 Berlin
Öffnungszeiten:
Di. u. Do. 15 -18 Uhr,
So. 11-15 Uhr
Eintritt frei

Stolpersteine
Bis 28.10.: Im Foyer des Rathauses zur **Geschichte der „Stolpersteine“**. **Opfern des Hitlerfaschismus** wieder einen Namen geben. Neben den Ursprüngen der Künstlerinitiative seit 1995, ist auch ein Teil der Ausstellung zu den Spuren im Bezirk (derzeit 368 Steine) gestaltet. Bitte auch auf Begleitveranstaltungen achten.

DAS POTOSÍ PRINZIP
8.10.2010

bis 2.1.2011

Ausstellung: Wie können wir das Lied des Herrn im fremden Land singen?

Die **Ausstellung** zeigt etwa 20 Gemälde und Aquarelle aus den 17. bis 19. Jahrhundert im Dialog mit aktuellen Werken zeitgenössischer Künstler.

Haus der Kulturen der Welt, John-Foster-Dulles-Alle 10, 10557 Berlin-Tiergarten
MI - MO und FEIERTAGE 11 - 19 Uhr DI Geschlossen.
Eintritt 5 € / 3 €, MO Frei

Rosa-Luxemburg-Lesekreis

Thema: Frauen Frage bei Rosa Luxemburg

30. Oktober 2010
14 Uhr
in der Roten Insel

LAG Nahverkehr

10. November 17 Uhr
in der Roten Insel

Die Botschaft in der Veröffentlichung „Der strategische Gegenangriff“



DIE LINKE.

Tempelhof - Schöneberg

Bezirksgeschäftsstelle:

Feurigstr. 68,
10827 Berlin

Öffnungszeiten:

Mo, Di, Do: 11 - 18 Uhr

Fr: 11 - 15 Uhr

Telefon: 21 99 71 40

Fax: 217 29 26

e-Mail: bezirk@die-linke-tempelhof-schoeneberg.de

Termine in der Roten Insel

Bezirksvorstand

12. und 28. Oktober,
19 Uhr

Mitglieder- versammlung

18. November

Basisorganisationen:

BO Schöneberg

28. Oktober 19 Uhr

BO Tempelhof

Telefonisch erfragen

BO Olivenbaum

1. November., 19 Uhr
Resonanz Café, Ebers
Strasse

BO Arbeit u. Soziales

25. Oktober, 19 Uhr

BO Migration und

Antirassismus

Telefonisch erfragen

Arbeitskreise:

AKK siehe bitte S. 3

AK ELViS siehe S. 6

Sondertermine S. 7

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.

Berlin, Klein Alexanderstr.
28, 10178 Berlin

Redaktion: DIE LINKE.

Tempelhof-Schöneberg

Ab 1. Juli 2010 neu!

Konto: 525 607 806

Berliner Bank

BLZ: 100 708 48

Erscheinungsweise:

10mal jährlich

Auflage: 2000 Exempl.

V.i.S.d.P.:

Carsten Schulz;

Layout: Grace Irazoque;

Druck: Bunter Hund;
Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben die Meinung des Autors wieder und entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion noch des Bezirksvorstandes. Redaktionsschluss: 26. September 2010, Erscheinungstag: 22. Oktober 2010. Die nächste Ausgabe erscheint Anfang November.

Vor tausenden Studenten präsentierte Fidel Castro am 9. September sein neues Buch „Der strategische Gegenangriff“. In seiner Rede erläuterte er die Interpretationen des Journalisten Jeffrey Goldberg über das Interview mit Fidel Castro.

„Wir sind in einem außergewöhnlichen Augenblick der menschlichen Geschichte. [...] Rund um das empfindliche Problem haben die Vereinigten Staaten, ihre West-Alliierten, unter ihnen zwei der fünf nuklearen Mächte mit Veto-Stimm-Recht: Frankreich und Großbritannien, von den reichsten und entwickeltsten kapitalistischen Ländern der Welt unterstützt, zahlreiche Sanktionen gegen den Iran, einem Land, das reich an Erdöl ist und gegen die muslimische Religion verursacht. Heute beinhalten die beschlossenen Maßnahmen eine Inspektion der Handelsschiffe und sehr harte wirtschaftliche Sanktionen, die zur Strangulierung ihrer Wirtschaft führen. [...]

Wenigstens hat man dadurch einem Problem Beachtung geschenkt, das in den Medien nicht einmal erwähnt wurde. [...]

Bis jetzt hatten wir nur eine ungewöhnliche Erklärung vom Generaldirektor der Internationalen Organisation für Atomenergie, Yukiya Amano. Dieser warf das ganze Brennholz ins Feuer und wusch sich anschließend die Hände wie Pontius Pilatus.

Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes von Iran, kommentierte diese Erklärung mit verdienter Verachtung. Eine Mitteilung der Nachrichtenagentur EFE deutet darauf hin, dass seine Aussage: „Unsere Freunde dürfen sich keine Sorgen machen, da wir nicht daran glauben, dass unsere Region in der Kondition neuer militärischer Abenteuer sei“ und „der Iran ist vollkommen vorbereitet um jede militärische Invasion zu beantworten“, offensichtlich an den kubanischen Lider Fidel Castro gerichtet war, „der vor der Möglichkeit eines nuklearen Angriffs von Israel mit der Unterstützung der Vereinigten Staaten gegen den Iran warnte“.

Die Nachrichten über dieses Thema folgen und vermischen sich mit Anderen von beachtlicher Rückwirkung.

Der Journalist Jeffrey Goldberg, von der Zeitschrift „The Atlantic“, [...] veröffentlichte Teile des langen Interviews mit mir [...]: „[...] Über die Frage der Kuba-Krise, der Raketen in Kuba, erschien es mir wahrhaftig überraschend, ... dass er es bereute Nikita Jruchov nachgefragt zu haben, die Nuklearraketen zu den Vereinigten Staaten zu schießen.“ Es ist wahr, dass er mit mir über das Thema sprach und mir diese Frage stellte. Textuell, wie er in seiner ersten Reportage ausstellt, lauteten seine Worte im ersten Teil: „Ich fragte ihn: In einem gewissen Augenblick erschien es logisch, dass Sie den Soviets empfehlen, die Vereinigten Staaten zu bombardieren. Erscheint Ihnen was Sie empfehlen jetzt, in diesem Augenblick, noch logisch? Fidel beantwortete: Nachdem ich sah, was ich gesehen habe, lohnte es sich absolut nicht.“ Ich habe ihm den Inhalt dieser Botschaft gut erklärt, und es bleibt Schwarz auf Weiß: „...falls die Vereinigten Staaten in Cuba einmarschieren, einem Land mit russischen Nuklearwaffen, dürfte man unter diesen Umständen nicht zulassen, dass der Feind als Erster zuschlägt, wie damals, als das deutsche Heer und alle Kräfte Europas am 22. Juni 1941 die Sowjetunion überfielen.“

Man kann in dem zweiten veröffentlichten Teil beobachten, dass der Leser aus dieser kurzen Erwähnung zum Thema nicht wahrnehmen könnte, dass „...falls die

Wanderausstellung

Auf gepackten Koffern

von 14. Oktober
-12. November und
„Save me“
am 4. November
19 Uhr

Leben in der Abschiebehäft
in der Roten Insel

Vereinigten Staaten in Kuba, einem Land mit russischen Nuklearwaffen, einmarschiert wären“ ich in diesem Fall empfahl zu verhindern, dass der Feind als erster angreife, auch nicht die tiefe Ironie meiner Antwort „...hätte ich gewusst was ich Heute weiß...“, war in offensichtlicher Referenz zum Verrat eines russischen Präsidenten, der satt von eitlicher Substanz, den Vereinigten Staaten die wichtigsten Militärgeheimnisse des Landes verriet.

In einem anderen Moment des Gesprächs erzählte der Journalist: „ich fragte ihn, ob er glauben würde, ob das kubanische Modell etwas wäre, was sich lohnen würde zu exportieren.“ Es ist offensichtlich, dass diese Frage die Theorie beinhaltet, dass Kuba die Revolution exportiere. Ich antwortete ihm: „Das kubanische Modell funktioniert nicht mal mehr für uns“. Ich sagte ihm dies ohne Bitterkeit und ohne Sorge. Es bereitet mir jetzt Spaß zu sehen, dass er das Wort-wörtlich interpretiert hatte, und wie er sagt, fragte er sogar Julia Sweig, die Analystin des CFRs, die ihn begleitete und die Theorie die er ausstellte bearbeitete. Aber das Reale ist, dass meine Antwort genau das Gegenteil von dem bedeutete, was beide nordamerikanischen Journalisten über das Kubanische Modell interpretiert hatten.

Meine Idee ist, wie die ganze Welt sie kennt, dass das kapitalistische System nichts nützt, weder den Vereinigten Staaten noch der Welt, es führt von Krisen zu Krisen, die jedesmal schlimmer werden, global und wiederholend und vor denen man nicht wegläufen kann. Wie könnte ein solches System einem sozialistischen Land wie Kuba dienen.

Viele arabische Freunde, machten sich Sorgen als sie von dem Interview mit Goldberg hörten und schickten mir Nachrichten in denen sie auf ihn als „den größten Verteidiger des Zionismus“ hinwiesen. Von alledem, kann man die große Verwirrung entnehmen die auf der Welt existiert. [...]

Jetzt sollte ich eine kurze Zusammenfassung hinzufügen. Ich habe immer den Holocaust verurteilt. In den Reflektionen „Der Diskurs von Obama in Kairo“, „Vom Prankenrieb zum Anstand“ und „Die Meinung eines Experten“ stellte ich dies mit aller Klarheit dar. Niemals war ich Feind des jüdischen Volkes, deren Vermögen Zweitausend Jahre Zerstreuung und Verfolgung standzuhalten ich bewundere. Viele der brilliantesten Talente wie Karl Marx oder Albert Einstein waren Juden [...]. Sie waren nicht die Einzigen, die wegen ihres Glaubens verfolgt und verleumdet wurden. Die Moslems wurden mehr als 12 Jahrhunderte lang von den europäischen Christen aufgrund ihres Glaubens angegriffen und verfolgt, wie auch die ersten Christen im alten Rom, bevor sie zur offiziellen Religion des Imperiums wurden. Die Geschichte muss angenommen und erinnert werden wie sie ist. Mit ihren tragischen Realitäten und ihren wilden Kriegen. Darüber habe ich gesprochen, und darum erkläre ich die Gefahren, die die ganze Menschheit läuft, wenn diese sich in das größte Selbstmordrisiko unserer zarten Spezies verwandelt.

Wenn man einen Krieg gegen den Iran hinzufüge, selbst wenn er von konventionellem Charakter sei, wäre es viel lohnender, wenn die Vereinigten Staaten das Licht ausschalteten und sich verabschiedeten. Wie könnten sie auch einen Krieg gegen 1500 Millionen Moslems aushalten? Den Frieden zu Verteidigen heißt für einen waren Revolutionär nicht, auf die Gerechtigkeitsprinzipien zu verzichten, ohne welche das menschliche Leben und die Gesellschaft keinen Sinn mehr hätten.

Ich denke immer noch, dass Goldberg ein großer Journalist ist, der dazu fähig ist, mit Unterhaltsamkeit und Meisterhaftigkeit seine Standpunkte darzustellen, welche Debatten erzwingen. Er erfindet keine Sätze, er überträgt sie und er interpretiert sie. [...]
Fidel Castro 10. 9. 2010

Übersetzt von: Grace Irazoque